

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,  
Gomruß Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsdarstellung beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 168.  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 235.

Donnerstag, 8. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; selbständiger und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, feste Tarife. Bemittelter Roboter teils, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eines Kuponenscheins an den Verlag. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

## Die ersten Schwierigkeiten in Locarno.

Die Verhandlungsmotivsphäre auf der Konferenz von Locarno ist plötzlich getrübt worden. Die Staatsmänner der beteiligten Mächte befinden sich in einem Zustande der denkbar größten Nervosität, denn die auf Grund einer schweren Indiskretion erfolgte vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfs zum Sicherheitspakt durch ein dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini nahestehendes Blatt wird allgemein als ein schwerer Schlag gegen die Sicherheitskonferenz empfunden. Auch in den deutschen Konferenzkreisen ist man über diesen Zwischenfall, der noch zu sehr weitreichenden Konsequenzen führen kann, außerordentlich verstimmt, und man betont, daß es dringend notwendig sein werde, die Veröffentlichung der Presse über den Gang der Verhandlungen strengstens zu kontrollieren. Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann haben es übernommen, die Vertreter der deutschen Presse persönlich über die Beratungen der Konferenz zu informieren und sie zu versichern, keine eigenmächtigen Mitteilungen herauszugeben.

Was den Entwurf des Sicherheitspaktes anlangt, so kann seine Veröffentlichung erst dann erfolgen, wenn eine vollständige Einigung über alle Einzelheiten erzielt worden ist. Die in den italienischen Blättern mitgeteilten Texte, die teilweise auf Wahrheit, teilweise aber auch auf Kombinationen beruhen, haben einen unübersehbaren politischen Schaden angerichtet, den wieder gutzumachen alle beteiligten Staatsmänner der Konferenz ernstlich entschlossen sind. Man muß sich fragen, wer ein Interesse daran hatte, die Sicherheitsverhandlungen auf eine so empfindliche Weise zu stören, und ob es unter solchen Umständen nicht notwendig erscheint, den Kreis der beratenden Teilnehmer zu beschränken. Auf jeden Fall wird die Notwendigkeit eintreten, daß die Volltätigkeiten auf einige Tage unterbrochen und an ihre Stelle die direkten Zusammenkünfte der einzelnen Staatsmänner treten werden. Am übrigen ist es erklärlich, wenn die Franzosen und die Belgier die Vermutung hegen, daß der Vertrauensbruch von einem Beigeordneten der italienischen Delegation begangen worden sei und daß die italienische Regierung womöglich dahinter stecken könne. Irrenden Beweise zu diesem Verdacht sind aber zurzeit nicht vorhanden, und niemand darf es unternehmen, in diesem Zusammenhang den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini irgendwie zu verdächtigen. Von den führenden Delegierten der italienischen Abordnung ist inzwischen ein scharfer Protest erlassen worden, der sich gegen die unter Vertrauensbruch begangene Veröffentlichung der italienischen Blätter richtet und der dem italienischen Ministerpräsidenten persönlich zugehört worden ist.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sieht man in den deutschen Regierungskreisen der weiteren Entwicklung der Dinge mit ernster Besorgnis entgegen. Sollten tatsächlich Kräfte am Werke sein, die bewußt das Ziel verfolgen, die Sicherheitskonferenz zum Scheitern zu bringen, so würde natürlich die Notwendigkeit eintreten, die Frage der Verantwortlichkeit sehr ernsthaft zu untersuchen. Die deutsche Delegation ist sich dessen bewußt, daß sie alles getan hat, um irgendwelche Störungen der Verhandlungen zu verhindern und das Zustandekommen eines positiven Ergebnisses durch eine einseitige klare Haltung zu erleichtern. Bisher hat sich noch keine Gelegenheit geboten, die am meisten umstrittenen politischen Fragen zur Diskussion zu stellen, jedoch der bisherige Verlauf der Verhandlungen — abgesehen von unerheblichen Meinungsverschiedenheiten — durchaus befriedigend genannt werden kann. Umso peinlicher mußte es empfunden werden, daß der Vertrauensbruch der italienischen Blätter in einem Augenblicke erfolgte, wo man die Vorbereitungen zur Diskussion der schwerwiegendsten politischen Streitfragen getroffen hat. Dadurch ist die ganze Motivsphäre in ein so gespanntes Stadium eingetreten, daß man sich zurzeit Schwierigkeiten gegenüber gestellt sieht, deren Überwindung nur dann möglich sein wird, wenn die volle Vertraulichkeit der internen Besprechungen von allen Seiten gewahrt wird, und wenn es gelingt, die Verbreitung unwahrer Gerüchte ein für allemal unmöglich zu machen.

### Die Verhandlungen am Mittwoch.

Locarno. In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen und alsdann der Bericht der Rechtsachverständigen über die ihnen im Verlaufe der ersten Sitzung übertragene Redaktionsarbeiten entgegengenommen. Da neue Anträge gestellt wurden, ergab sich die Notwendigkeit einer erneuten Beratung des Juristenankusses mit deren Studium. Es wurde daher ein ergänzender Bericht der Rechtsachverständigen angefordert, der in einer späteren Sitzung erstattet werden soll.

Die nächste Zusammenkunft der Hauptdelegierten ist auf Donnerstag 2.30 Uhr nachmittags angesetzt.

### Besprechung zwischen Dr. Luther und Briand.

Locarno. (Vom Berichterstatter des R. T. B.) Im Laufe des gestrigen Tages haben sich die Gerüchte über Schritte außerhalb der eigentlichen Konferenz in Locarno so sehr vermehrt, daß bei der Pressebesprechung den Regierungsvertretern direkte Fragen nach dieser Richtung hin vorgelegt wurden. Daraufhin wurde mitgeteilt, daß im



Zur Konferenz in Locarno. — Die deutsche Delegation.

In der vorderen Reihe von links nach rechts:  
Ministerialdirektor Gauß, Dr. Luther, Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert.

Laufe des Vormittags eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und dem französischen Außenminister Briand an einem Orte außerhalb Locarnos stattgefunden hat. Ueber den Gegenstand und das Ergebnis der Unterredung wurde Auskunft nicht erteilt, ebenso ist über die Anregungen zu diesem Zusammenreffen nur aus Andeutungen zu entnehmen, daß sie von dritter Seite ausgegangen sind.

Wie auch die Einzelheiten dieser Besprechungen sich verhalten: Es ist erweislich, daß auf diesem Wege heute zum ersten Male ein enger persönlicher Kontakt führender Delegierter von beiden Seiten zustande gekommen ist. Die Verhandlungen sind heute fortgeschritten. Aber man darf sich dennoch nicht verhehlen, daß die Schwierigkeiten, die sich geltend mit dem Anknüpfen sehr ernster Probleme zeigten, durchaus noch fortbestehen, und daß es einer sorgfältigen ernsten Arbeit bedürfen wird, um sie auch bei bestem Willen der Beteiligten zu überwinden.

Man hat die nächste Volltätigkeit, wahrscheinlich auch die späteren, wie man hört auf Anregung Vanderseldes, auf einen früheren Zeitpunkt als die gestrige und die heutige verlegt, was auch der Presse zugute kommt, die ihre Nachrichten rechtzeitig auf den Weg bringen kann.

### Paris über die Zusammenkunft Luther-Briand.

Paris. (Zuspruch.) Ueber die Zusammenkunft des Reichskanzlers Dr. Luther mit Außenminister Briand berichtet der Sonderberichterstatter des R. T. B. in Locarno: Es wäre übertrieben, behaupten zu wollen, daß die beiden Staatsmänner bereits die Mittel gefunden hätten, sich zu einigen, aber die Tatsache, daß am Tage, nachdem Schwierigkeiten sich gezeigt haben, der deutsche Reichskanzler und der französische Außenminister sich unterhalten, hat sich auf ihre Defensivstellungen zurückzuführen, lasse gute Hoffnungen aufkommen. Nichts dürfe Frankreichs Verpflichtungen widersprechen, unverzüglich Polen und der Tschechoslowakei zu Hilfe zu eilen. Infolgedessen müsse für die Invertikalisierung der Rheinlandzone eine formelle Ausnahme vorgesehen werden. Im Hinblick auf diese Eventualität könne man Frankreich zum Garant eines Schiedsgerichtsvertrages machen. Man könne durch eine besondere Erklärung auch bestätigen, daß die französische Allianz unverzüglich leide und daß ein Eingriff Frankreichs nicht als ein Angriff angesehen werden könne. Die Deutschen seien jetzt über die Grenzen des französischen Entgegenkommens unterrichtet. Sie blieben in Locarno, das sei schon ein gutes Zeichen. Ein Zusammenbrechen der Konferenz sei nicht gefährlich für Frankreich, aber die Folgen würden für Europa ernst sein, wo der Friede nicht wieder aufkommen könne. Die beiden Staatsmänner hätten auch die Probleme besprochen, die der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufwerfe und festgestellt, daß Frankreich in Deutschland in Zukunft völlig geehrt sein müsse, wenn sie sich nicht eines Tages von neuem bekämpfen sollen. Eine mittlere Lösung gebe es nicht.

### Die französische Presse über den Stand der Verhandlungen.

Paris. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas übermittelt der französischen Presse folgende offi-

ziöse Aussprache über den Stand der Verhandlungen in Locarno: An dem Zustand, das man sich in Locarno anzuwenden bemüht, ist neu, das es vollkommen auf dem Gedanken der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle, d. h. sowohl für rechtliche als auch für politische Konflikte, die zwischen den Vertragsteilnehmern entstehen könnten, beruht. Es ist also leicht, sich ein Bild von dem Verfahren zu machen, das für die Regelung dieser Streitigkeiten geplant ist. Sie werden Organen wie dem Internationalen Gerichtshof im Haag oder Schiedsrichtern mit der Möglichkeit einer Prüfung durch den Völkerbund unterbreitet werden. Der Völkerbund wird bei diesem friedlichen Verfahren, die Hauptrolle spielen, die ihm sein Status zuweist. So wird er auch eingreifen haben, wenn eine der Parteien sich weigert, zum Schiedsgerichtsverfahren ihre Zustimmung zu nehmen, oder den Schiedspruch auszuführen. Der Völkerbund wird außerdem in Anspruch genommen werden, wenn am Rhein jemand Gewalt anwenden oder wenn die entmilitarisierte Zone verletzt werden sollte. Aber es versteht sich von selbst, daß bei einem offenkundigen und nicht provokierten Angriff jedes interessierte Land das Recht behalten würde, sich unverzüglich selbst zu verteidigen, bis der Völkerbund selbst offiziell den Angreifer feststellt und die erforderlichen Maßnahmen ergreift. Die große Schwierigkeit der Verhandlungen besteht, wie man weiß, darin, eine Koordination herzustellen zwischen dem Rheinland und den Schiedsverträgen im Osten, die Deutschland selbst in seinen Vorschlägen am 9. Februar mit einander verbunden hat. Angesichts dieses Zusammenhanges der Sicherheitsabmachungen ist Frankreich immer besorgt gewesen, Polen und die Tschechoslowakei, mit denen es durch Verträge über einen gegenseitigen Beistand verbunden ist, gegen die Eventualität einer Nichtbeachtung dieser Schiedsverträge gegen Deutschland zu schützen, in der Annahme, daß dadurch, daß es ihre Bedeutung verliert, es nur nach dem Geiste des Völkerbundsstatutes handelt, wie dies in einer Resolution der Genfer Versammlung zum Ausdruck kommt. Auch darf der Rheinlandpakt nach Auffassung der französischen öffentlichen Meinung Frankreich nicht hindern, seinen politischen Alliierten den Beistand zu leisten, den es ihnen leisten will für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen zur Gewalt schreiten sollte, anstatt die Konflikte, die zwischen ihm und seinen beiden Nachbarn entstehen könnten, auf freundschaftliche Weise zu regeln. Um diese Formel, die, was die Zukunft Europas anbetrifft, von großen politischen Folgen sein kann, wird der Kampf der Diplomaten von Locarno entbrennen.

### Dr. Beneš in Locarno.

Das Eintreffen des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš in Locarno hat in den deutschen Konferenzkreisen große Beachtung gefunden. Dr. Beneš, der bereits mit den alliierten Hauptdelegierten Fühlung genommen hat, hat sich unverzüglich auch mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann in Verbindung gesetzt und es ist anzunehmen, daß nach der völligen Wiedergewinnung Dr. Stresemanns eine Aussprache zwischen den deutschen Hauptdelegierten und Dr. Beneš zustande kommt.